

## Vorweg die Ukraine Berichte

Teile 17,16,15,14,13,12,11, 10, 9, 8, 7, 6, 5, 4, 3, 2 und 1.

nach dem Prinzip der Matrjoschka – Puppe in Puppe - (unter diesem Link):

<http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Ukraine-Berichtre-Teil-17.pdf>

(**Tipp:** Falls nötig, bei TAZ-Berichten auf den Butten „gerade nicht“ klicken.)

### Zur Info weitergeleitet

Mit solidarischen Grüßen

Antje und Dieter

[www.antjeundieter.de](http://www.antjeundieter.de)

<https://t1p.de/Autoren-Nach-Lesung>

<https://t1p.de/Politisches-Gedicht>

<https://t1p.de/Anti-AKW-Video>

## Hier nun weitere Berichte zur Ukraine als Teil 18:

### .) Fotoreihe: 19.06.22 All Refugees are Welcome Aktion zum Weltflüchlingstag :

<https://asb.nadir.org/fotoarchiv/neu/20220619/album/index.html> -

Foto-Archiv-Kollektiv im Archiv der Sozialen Bewegungen · c/o Rote Flora · Achidi-John-Platz 1 (Schulterblatt 71) · 20357 Hamburg · asb.nadir.org · Öffnungszeiten: Montags 15:00 - 20:00 Uhr · Tel. 040 433007 · mail: [fak@nadir.org](mailto:fak@nadir.org)

### .) Schweiz: Ständerat rüttelt nicht an AKW-Neubauverbot :

<https://www.tagblatt.ch/news-service/inland-schweiz/energie-staenderat-ruettelt-nicht-an-akw-neubauverbot-ld.2304560> -

Technologieneutralität: Der Aargauer SVP-Ständerat Hansjörg wollte das Verbot von Rahmenbewilligungen für Kernkraftwerke aufheben. Von diesem Ansinnen hielt der Ständerat wenig.

2017 sprach sich das Schweizer Stimmvolk für den schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie aus: Die hiesigen Kernkraftwerke (KKW) dürfen noch so lange betrieben werden, wie sie sicher sind. Neue Atomkraftwerke dürfen dagegen nicht mehr gebaut werden.

Am Donnerstag schließlich befasste sich der Ständerat mit einem entsprechenden Motion. (schweizerdeutsch für schriftlichen Antrag in einem Parlament)

Diese Argumente verfielen im Rat nicht. Der Ständerat lehnte den Vorstoß mit 24 zu 8 Stimmen ab. Damit ist die Motion erledigt. Auch der Bundesrat war dagegen. Es

gebe keinen Anlass, auf den Richtungsentscheid des Volkes zurückzukommen, argumentiert Umweltministerin Simonetta Sommaruga. Zudem habe der Bundesrat bereits zahlreiche Maßnahmen getroffen, um die Schweizer Stromversorgung sicherzustellen – etwa mit einer Wasserkraftreserve.

**.) Fotoreihe: 19.06.2022 Kundgebung vor dem Britischen Konsulat Freiheit für**

**Julian Assange** : <https://asb.nadir.org/fotoarchiv/neu/20220619.1/album/index.html> - Foto-Archiv-Kollektiv im Archiv der Sozialen Bewegungen · c/o Rote Flora · Achidi-John-Platz 1 (Schulterblatt 71) · 20357 Hamburg · asb.nadir.org · Öffnungszeiten: Montags 15:00 - 20:00 Uhr · Tel. 040 433007 · mail: [fak@nadir.org](mailto:fak@nadir.org)

**.) Habecks Pläne zum Gassparen: [Der Plan für den Ausstieg steht – taz.de](https://www.taz.de/15859342/der-plan-fuer-den-ausstieg-steht)** -Zustimmung aus Hamburg : Der Plan für den Ausstieg steht Das Hamburger Kraftwerk Tiefstack soll ab Ende des Jahrzehnts Wärme ohne Kohle erzeugen.

**.) Sorge vor Engpässen im Winter: [https://taz.de/Sorge-vor-Engpaessen-im-Winter/!5859342/](https://www.taz.de/15859342/der-plan-fuer-den-ausstieg-steht)** Milliarden für volle Gasspeicher Wirtschaftsminister Habeck will Unternehmen Geld geben, wenn sie ihren Gasverbrauch reduzieren. Auch das Füllen der Speicher soll gefördert werden.

**.) Das war's dann wohl - Scholz weist Forderungen nach Laufzeitverlängerungen zurück: <https://flipboard.com/topic/de-olafscholz/scholz-weist-forderungen-nach-laufzeitverlangerungen-zur-ck/a-cu8mNBwVSJSRRw5PbgGjgw%3Aa%3A3224108137-a66a46d6c5%2Frnd.de>**

**.) Ukraine-Beitritt: Darum geht es wirklich :** <https://lostineu.eu/ukraine-beitritt-auf-diese-beiden-brisanten-aspekte-kommt-es-jetzt-an/>

**.) Escalation und Stellvertreterkrieg :** <https://freeassange.rtde.me/europa/141506-russische-senatoren-litauen-wird-im/> **und** <https://freeassange.rtde.me/international/141452-noam-chomsky-krieg-in-ukraine/>

**.) Philippinische Bischöfe gegen Atomenergie und Kohleabbau :**

<https://www.domradio.de/artikel/philippinische-bischoefe-gegen-atomenergie-und-kohleabbau>

**.) Göttinger Friedenspreis: <https://taz.de/Preisverleihung-abgesagt/!5859426/>**

-Angst vor „Kriegsgegnern“ Die Verleihung des Göttinger Friedenspreises an ein russisch-deutsches Jugendprojekt wurde abgesagt. Die gesamte Jury trat aus Protest zurück.

**.) Eine Radiosendung über Atomkraft:**

Unser Freund Friedemann Ohms schickt uns diese Mail:

„Hallo Antje, hallo Dieter,

mein Kollege und Freund Tom Schimmeck hat eine Radiosendung über Atomkraft gemacht:

[https://www.ndr.de/nachrichten/info/epg/ARD-radiofeature\\_sendung1269324.html](https://www.ndr.de/nachrichten/info/epg/ARD-radiofeature_sendung1269324.html)

Es ist wertvoll, sich das mal anzuhören...

LG Friedemann

**.) Syrien: Tote nach IS-Angriff : <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1164670.fluechtlingspolitik-brutalitaet-gegen-fluechtlinge-immer-normaler.html>**

- Brutalität gegen Flüchtlinge immer normaler. In der Europäischen Union kommen Reformen der Asylpolitik kaum voran, aber die Kontrolle der Außengrenze wird lückenloser.

Recht auf Schutz« ist das für den heutigen Weltflüchtlingstag vom Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen gewählte Motto. Der Titel illustriert, dass es verstärkt nicht nur um die Ablehnung oder Anerkennung eines Flüchtlingsstatus geht, sondern um den allgemeinen Umgang mit flüchtenden Menschen, ob sie auf der Flucht menschenwürdig behandelt werden oder verschiedenen Formen von Gewalt ausgesetzt sind.

Unzählige Menschen, die versuchen, sich in die Europäische Union zu flüchten, erfahren gerade Zweiteres. Sie werden an den Außengrenzen der EU in Polen, Kroatien oder Griechenland gewaltsam zurückgedrängt. Von denen, die es schaffen, werden einige in Polen oder Griechenland in gefängnisartige Lager gesperrt.

Weiterhin ertrinken Tausende Schutzsuchende auf der Überfahrt im Mittelmeer. Und die Hierarchisierung von Geflüchteten sorgt dafür, dass es weiße Menschen aus der Ukraine es bei der Einreise – immerhin – einfacher haben.

Die Situation für Geflüchtete, die in die EU kommen wollen, verschlimmert sich seit rund einem Jahrzehnt eher, als dass sie sich verbessert. Weder für Tote auf dem Mittelmeer noch für gewaltsame Rückweisungen werden Verantwortliche zur

Rechenschaft gezogen. Geflüchtete sollen abgewimmelt werden. Dabei betrug laut Europäischer Kommission der Anteil Geflüchteter an den rund 447 Millionen Einwohner\*innen der EU vergangenes Jahr lediglich 0,6 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Doch die 27 Mitgliedstaaten der EU können sich nicht auf eine Reform ihrer Asyl- und Migrationsgesetze einigen: Der sogenannte Migrationspakt, den die Europäische Kommission 2020 den Mitgliedsländern vorgeschlagen hatte, kommt kaum voran. Viele Länder, die nicht an den Außengrenzen liegen, haben kein Interesse daran, vom Dublin-Verfahren abzuweichen und eventuell mehr Menschen aufnehmen zu müssen. Das Dublin-Verfahren besagt, dass jemand in dem EU-Land, in dem er\*sie als Erstes ankam, einen Asylantrag stellen muss.

**.) Weltflüchtlingstag: »Ein Trauma ist oft durch Kontrollverlust gekennzeichnet« :** <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1164672.weltfluechtlingstag-ein-trauma-ist-oft-durch-kontrollverlust-gekennzeichnet.html> - »Ein Trauma ist oft durch Kontrollverlust gekennzeichnet« Der Berliner Verein Xenion kümmert sich um Geflüchtete, die psychosoziale Hilfe brauchen.

**.) Offener Widerspruch :** <https://www.jungewelt.de/artikel/428749.kapital-und-natur-wenig-triftig.html> - Ob der Beschluss, die Erdgasförderung im Groningenveld zu beenden, wirklich Bestand hat, ist ungewiss

Der Widerstand wird größer: Über 400 niederländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler üben scharfe Kritik an den Plänen der Regierung, in der Nordsee nach Erdgas zu bohren. »Die Genehmigung neuer Gasinfrastrukturen wird in den kommenden Jahrzehnten zu zusätzlicher Treibhausemissionen führen und steht im Widerspruch zu den eigenen Klimazielen der niederländischen Regierung«, hieß Ende vergangener Woche in einem offenen Brief an die Führung des Landes in Den Haag.

»Es ist glasklar, dass wir uns in einem Klimanotstand befinden«, warnen die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner, die überwiegend in den niederländischen Sektionen der internationalen NGO »Scientists for Future« und »Scientist Rebellion« aktiv sind. Falls nicht umgehend der Ausstieg aus der Nutzung fossiler Brennstoffe gelinge, könne das Ziel des Pariser Klimaschutzabkommens, die Erderwärmung auf unter 1,5 Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu halten, kaum noch erreicht werden.

## .) »Zonen der Rechtlosigkeit an Europas Grenzen« :

<https://www.jungewelt.de/artikel/428728.zonen-der-rechtlosigkeit-an-europas-grenzen.html> -Zum Weltflüchtlingstag am 20. Juni mahnte die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl die Bundesregierung, eine aktive Rolle beim Flüchtlingsschutz in Europa einzunehmen: Pro Asyl sieht das Asylrecht existentiell in Gefahr – weltweit und in Europa. Der Vorstoß Großbritanniens, Flüchtlinge ohne Prüfung ihres Asylantrags nach Ruanda abzuschicken, ist nur ein Beispiel dafür. Auch in den EU-Staaten weigern sich einige Länder, individuelles Asyl zu gewähren, andere weisen Flüchtlinge systematisch zurück, was gegen europäisches und internationales Recht verstößt, ohne dass sie Konsequenzen fürchten müssen. Die aktuellen EU-Vorhaben lassen nun befürchten, dass auch auf EU-Ebene Rechtsakte so konstruiert werden, dass sie menschenrechtswidriges Vorgehen scheinbar legitimieren. Die Bundesregierung hat versprochen »die illegalen Zurückweisungen und das Leid an den Außengrenzen (zu beenden« (S. 141 Koalitionsvertrag). Deshalb muss sie die Entrechtung in De-Facto-Haftlagern an der EU-Grenze verhindern.

Die EU-Innenminister\*innen haben sich am 10. Juni ohne deutschen Widerstand grundsätzlich darauf verständigt, ein Screening an den EU-Außengrenzen umzusetzen. Der strittige Punkt der fiktiven »Nichteinreise« wird aber noch diskutiert. Wie Berichten zu entnehmen ist, soll zeitnah im Rat eine endgültige Entscheidung darüber fallen, ob schutzsuchende Menschen während des Screeningverfahrens als eingereist gelten oder nicht. Eine solche Fiktion der Nichteinreise trifft auf erhebliche Bedenken. Insbesondere ist zu erwarten, dass eine solche Fiktion letztlich nur durch freiheitsbeschränkende bzw. -entziehende Maßnahmen durchgesetzt werden kann. Dies könnte zu systematischer De-Facto-Haft an den Außengrenzen führen. In Griechenland lässt sich dieser Ansatz schon jetzt beobachten.

Pro Asyl erwartet von der Bundesregierung und insbesondere von Innenministerin Nancy Faeser in enger Abstimmung mit der Außenministerin ein klares Dagegenhalten. Andernfalls drohen die Zustände, die aus den Lagern auf den griechischen Inseln bekannt sind, in weiteren EU-Staaten Wirklichkeit zu werden. »Von der Innenministerin und der Außenministerin hören wir bislang kein Wort der Verurteilung der Zonen der Rechtlosigkeit an Europas Grenzen. Wir erwarten, dass die Ankündigungen aus dem Koalitionsvertrag auf europäischer Ebene vertreten werden und sich die Bundesregierung ohne Wenn und Aber für faire Asylverfahren einsetzt. Noch kann verhindert werden, dass systematische Inhaftierung durch die verpflichtende Fiktion der Nichteinreise verhindert werden«, sagt Günter Burkhardt, Geschäftsführer von Pro Asyl.

Auch in Deutschland werden vorgesehene Verbesserungen – etwa beim Bleiberecht – flankiert durch Verschärfungen. Pro Asyl begrüßt, dass die Bundesregierung mit dem Chancen-Aufenthaltsrecht Kettenduldungen beenden will und seit fünf Jahren

in Deutschland geduldeten Menschen endlich Sicherheit und Perspektive geben will. Dass aber gleichzeitig ausreisepflichtige Straftäter\*innen länger in Abschiebungshaft genommen werden sollen, ist unverhältnismäßig. Denn es gibt keinerlei belastbare Untersuchungen, dass die Länder besondere Probleme hätten, Straftäter\*innen abzuschicken und dass eine verlängerte Abschiebungshaft irgend etwas verbessern würde. Zudem ist rund die Hälfte aller Abschiebehäftlinge zu Unrecht in Haft. Umgang mit Geflüchteten : <https://www.jungewelt.de/artikel/428718.umgang-mit-gefl%C3%BCchteten-pushbacks-sind-programm.html>

### .) Deutschland liefert 30 Gepard-Panzer und 65 Kühlschränke an Ukraine :

<https://www.fr.de/politik/ukraine-krieg-waffenlieferungen-deutschland-bundesregierung-russland-panzer-kuehlschraenke-news-zr-91622479.html> -

30 Flakpanzer vom Typ Gepard sollen noch an die Ukraine zur Verteidigung gegen Russland geliefert werden. Die Bundesregierung hebt die Geheimhaltung bei Waffenlieferungen in die Ukraine auf. Was Deutschland bislang geliefert hat – und was in Planung ist.

Berlin – Die Bundesregierung steht wegen ihrer mutmaßlich nicht ausreichenden Waffenlieferungen an die Ukraine in der Kritik. Der Ampel wird fehlendes Engagement im [Ukraine-Krieg](#) vorgeworfen, insbesondere die diesbezügliche Haltung von Bundeskanzler [Olaf Scholz](#) (SPD) gilt vielen als zu zögerlich. Die Vorwürfe seien jedoch nicht haltbar, heißt es stets aus Berlin. Vielmehr liefen Waffentransporte als geheime Mission, weshalb Kritisierende nicht den Überblick haben könnten.

Doch nun, knapp vier Monate nach [Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine](#), hat die Ampel erstmals alle Waffenlieferungen offengelegt. Man passe sich damit der Praxis der engsten Verbündeten – zum Beispiel der [USA](#) – an, erklärte Regierungssprecher Steffen Hebestreit den Schritt am Dienstag (21. Juni). Die veröffentlichte Liste enthält alle Waffen und andere Rüstungsgüter, die bereits geliefert wurden oder deren Lieferung geplant ist. Bisher war sie nur für Abgeordnete in der Geheimschutzstelle des Bundestags einsehbar.

Waffen aus Deutschland im Ukraine-Krieg für den Abwehrkampf gegen Russland Bekannt gegeben hatte die Bundesregierung die Lieferungen an die ukrainischen Streitkräfte für den Abwehrkampf gegen [Russland](#) bisher nur punktuell. Allerdings wurden sie nach Eintreffen im Kriegsgebiet von ukrainischer Seite veröffentlicht.

**An Waffen geliefert wurden bisher unter anderem:** 3000 Panzerfaust-Patronen, 100.000 Handgranaten, 2700 Fliegerfäuste, 500 Stinger-Flugabwehrraketen, 100 Maschinengewehre und 16 Millionen Schuss Munition. Hinzu kommt in großem Umfang Ausrüstung wie 23.000 Gefechtshelme, 178 Kraftfahrzeuge, 1200 Krankenhausbetten, ein Feldlazarett.

## **Noch liefern will die Bundesregierung unter anderem:**

- 10.000 Schuss Artilleriemunition
- 53.000 Schuss Flakpanzermunition
- 5,8 Millionen Schuss Handwaffenmunition
- 7 Panzerhaubitzen 2000 (Artilleriegeschütze)
- 5000 Gefechtshelme
- 40 Aufklärungsdrohnen
- 10 geschützte Fahrzeuge
- 4 ferngesteuerte Minenräumgeräte
- 65 Kühlschränke für Sanitätsmaterial
- 54 gepanzerte Truppentransporter mit Bewaffnung
- 30 Flugabwehrpanzer Gepard inklusive etwa 6000 Schuss Munition
- 1 Luftverteidigungssystem Iris-T SLM
- 1 Artillerieortungsradar Cobra
- 80 Toyota Pick-up-Fahrzeuge
- 3 Mehrfachraketenwerfer mit Munition

**.) Julian Assange: Wo nur das Recht des Stärkeren gilt :** <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1164731.julian-assange-wo-nur-das-recht-des-saerkeren-gilt.html> - Nils Melzer, ehemaliger UN-Sonderberichterstatter für Folter über die Abgründe der westlichen Demokratien im Fall Assange. Weltweit demonstrieren, wie hier in Mexiko, Menschen für die Wahrung der Pressefreiheit und der Rechte des inhaftierten Journalisten und Herausgebers Julian Assange. *Text unter dem Link.*

**.) Atomwaffenverbotsvertrag: Tödliche Gefahr für die Menschheit :** <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1164728.atomwaffenverbotsvertrag-toedliche-gefahr-fuer-die-menschheit.html> – **und** <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1164737.ruestung-und-militarisierung-verminte-bruecken.html> - Erstes Treffen der Unterzeichnerstaaten des Vertrags zum Verbot von Atomwaffen in Wien setzt Zeichen. 1951 glich der Umgang mit Atomwaffen noch einem Spiel: Soldaten posieren unter einer atomaren Wolke nach einem Atomtest auf dem Nevada Proving Ground in den USA. Noch nie seit der Kuba-Krise 1962 erschien die Gefahr eines Atomkrieges so real wie in diesen Tagen. Russlands Krieg in der Ukraine und der neue Konfrontationskurs der Großmächte setzen den Rest an Rationalität aufs Spiel, dank der das Gleichgewicht des Schreckens nicht in gegenseitige Zerstörung umschlägt. Geschätzte 13 100 Atomsprengköpfe befinden sich weltweit in den Arsenalen von neun Staaten. Und es

könnten künftig noch mehr werden. Diese Sorge war eines der Themen der dritten »Konferenz zu den humanitären Auswirkungen von Atomwaffen«, die am Montag in Wien abgehalten wurde.

Sie bildete den Auftakt zu einem am Dienstag begonnenen dreitägigen Treffen von Vertretern von rund 80 Staaten in der österreichischen Hauptstadt. Alle teilnehmenden Länder haben eins gemeinsam: Sie haben den Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW) unterzeichnet, der die Massenvernichtungsmittel grundsätzlich ächtet. [Das Regelwerk war am 22. Januar 2021 in Kraft getreten.](#) Es soll den seit Jahrzehnten geltenden Nichtweiterverbreitungsvertrag (NPT) ergänzen. Doch sowohl die Atommächte als auch die Nato lehnen den TPNW ab.

Deutschland nimmt als Beobachter an der TPNW-Konferenz teil. Vor dem Wiener Treffen der Vertragsstaaten hatte die Linke-Vorsitzende Janine Wissler scharfe Kritik an der deutschen Position geübt. »Es ist eine Schande, dass Deutschland den Atomwaffenverbotsvertrag noch nicht unterzeichnet hat«, sagte Wissler am Dienstag in Berlin. Sie forderte die Bundesregierung auf, den Verbotsvertrag sofort zu unterzeichnen. »Leider tut sie mit der Anschaffung neuer atomwaffenfähiger Kampfflugzeuge im Moment das Gegenteil«, kritisierte die Linke-Politikerin. Zum Auftakt des dreitägigen Treffens in Wien warnte UN-Generalsekretär Antonio Guterres am Dienstag in einer Videobotschaft vor der alles zerstörenden Kraft der Atomwaffen: »Wir müssen diese Waffen vernichten, bevor sie uns vernichten.« Die einleitende thematische Konferenz in Wien war Teil einer Serie: Nach Norwegen 2013 und Mexiko 2014 war nun Österreich an der Reihe, das den TPNW-Vertrag initiiert hatte. Die Stoßrichtung dieser Konferenzen ist klar. »Die Risiken von Atomwaffen sind so groß, dass ein Festhalten an ihnen unverantwortlich ist und an ihrer Ächtung kein Weg vorbeiführt«, hieß es in einer Ankündigung. Wie sehr Wunsch und Realität dabei auseinanderklaffen, zeigt allerdings schon der Vertrag selbst, der am 7. Juli 2017 auf einer Konferenz der Vereinten Nationen mit den Stimmen von 122 Staaten angenommen wurde: Sanktionsmechanismen sind darin nicht vorgesehen. Faktisch handelt es sich also um einen Aufruf auf Ebene der Vereinten Nationen.

### **.) Hamburger Energie Werke (HEW): Weiterhin russische Kohle für Heizkraftwerk Wedel - Außerdem Blut-Kohle aus Kolumbien :**

<https://taz.de/Energieversorgung-ohne-russische-Kohle/!5845269/> -

Offenbar bezieht das Heizkraftwerk Wedel weiterhin russische Kohle und baut damit sogar neue Lagerbestände auf. Jedenfalls ist der Kohleberg am Kraftwerk in den letzten Wochen mächtig angewachsen. Laut Vesselfinder wurde die in Madeira registrierte "Trina Oldendorff" in den letzten acht Tagen am Anleger in Wedel aus



Russland kommend entladen und hat heute Wedel mit Kurs Ust-Luga, Russia verlassen. Neben offenbar immer noch Kohlelieferungen aus Russland versorgt Hamburg seine Kohleheizkraftwerke auch mit Kohle aus den USA, Südafrika und auch Kolumbien.

**.) überbelichtet :Stromfresser rufen zum Energiesparen auf** : [überbelichtet: Stromfresser rufen zum Energiesparen auf – taz.de](#) - Es ist schon ein paradoxes Bild, das sich seit einigen Tagen an ziemlich vielen Orten in Hamburg und darüber hinaus bietet: Hell flimmernd auf [Werbeflächen](#), die so groß sind wie ein durchschnittliches Hamburger WG-Zimmer, werden Sie, ich – wir alle – zum Stromsparen animiert. „Wer Energie spart, stärkt Deutschlands Unabhängigkeit“, prangt auf digitalen Werbetafeln zu jeder Tages- und Nachtzeit. Mal wird die Botschaft untermalt mit dem Hinweis, dass ein Energiespar-Duschkopf für satte Reduktionen des Energieverbrauchs für Warmwasser sorgt; mal kommt der Ratschlag, dass der Gefrierschrank ja auch abgetaut werden könne – das spare schließlich bis zu 50 Prozent Energie.

**.) Spannungen zwischen Litauen und Russland:** <https://taz.de/Spannungen-zwischen-Litauen-und-Russland/!5862754/> -Die angebliche Blockade Bestimmte Güter dürfen nicht mehr über Litauen in die Exklave Kaliningrad transportiert werden. Russland droht mit Konsequenzen.

**.) Frankreich bangt um den Strom aus seinen Atomreaktoren – und verschärft so die Energiekrise in Europa** : <https://www.handelsblatt.com/politik/international/strom-frankreich-bangt-um-den-strom-aus-seinen-atomreaktoren-und-verschaerft-so-die-energiekrise-in-europa/28437278.html> -

Frankreich bangt um den Strom aus seinen Atomreaktoren – und verschärft so die Energiekrise in Europa. Fast die Hälfte aller AKWs ist abgeschaltet. Der traditionelle Stromexporteur Frankreich muss Elektrizität importieren.

**.) Armut und Inflation:** <https://taz.de/Armut-und-Inflation/!5859671/> - Ein freudloses Leben Nahrung, Energieverbrauch, soziales Leben – wer von Armut betroffen ist, leidet enorm unter der Inflation. Vier Menschen erzählen aus ihrem Alltag.

**.) Den Atomausstieg feiern & für Klimagerechtigkeit kämpfen :**

<https://www.atomreaktor-wannsee-dichtmachen.de/aktionen/304-den-atomausstieg-feiern-fuer-klimagerechtigkeit-kaempfen-demo-nachlese-vom-18-06-2022.html> - Verschiedene Berliner Gruppen hatten unter dem Motto „Wichtige Dinge dürfen wir nicht der Regierung überlassen!“ zu der energiepolitischen Fahrrad-Demo aus Anlass der Abschaltung der letzten drei deutschen

Atomkraftwerke Emsland, Isar II u. Neckarwestheim 2 eingeladen. Dem Aufruf folgten 40 Demonstrant\*innen. Die älteste Teilnehmerin kam mit 83 Jahren aus Zehlendorf mit ihrem Fahrrad.

**.) Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken: Und täglich grüßt das AKW:**

<https://taz.de/Laufzeitverlaengerung-von-Atomkraftwerken/!5859775/> Die letzten drei Atomkraftwerke einfach noch etwas länger laufen lassen? Diese Probleme gibt es dabei: <https://www.stern.de/politik/atomkraftwerke--diese-probleme-gibt-es-bei-einer-laufzeitverlaengerung-31971270.html>

Energiekrise: Betreiber hält am regulären Aus des AKW Neckarwestheim fest:

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/heilbronn/neckarwestheim-laufzeit-atomkraftwerk-diskussion-100.html>

Atomausstieg

RWE-Chef hält Debatte über Laufzeitverlängerungen für rückwärtsgewandt:

<https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/rwe-chef-haelt-debatte-ueber-laufzeitverlaengerungen-fuer-rueckwaertsgewandt-a-50ea9cf3-b717-4d86-a8bd-94528628b2bc>

Eon wirbt bei Mitarbeitern um Verständnis wegen AKW-Aus:

<https://www.hasepost.de/eon-wirbt-bei-mitarbeitern-um-verstaendnis-wegen-akw-aus-314090/>

**.) Klimawandel: Tödliche Hitze, tödliche Kälte: [https://www.nd-](https://www.nd-aktuell.de/artikel/1164808.klimawandel-toedliche-hitze-toedliche-kaelte.html)**

[aktuell.de/artikel/1164808.klimawandel-toedliche-hitze-toedliche-kaelte.html](https://www.nd-aktuell.de/artikel/1164808.klimawandel-toedliche-hitze-toedliche-kaelte.html) - Die Ignoranz gegenüber den tödlichen Folgen der Klimakatastrophe - Der Klimawandel hat schon jetzt Jahr für Jahr tödliche Folgen. Kaum ist der Sommer da, sind auch die Medien wieder voll mit Berichten über die Klimakatastrophe. Das ist natürlich erfreulich, hilft doch wenig so gut bei der Korrektur falscher Annahmen wie die Verknüpfung von den Alltag aufbrechenden Lebenserfahrungen und dazu passenden Informationen. Hitze ist aber nicht einfach nur unangenehm. Die Wochenzeitung »Die Zeit« stellte kürzlich ausführlich dar, wie viele Todesfälle mit dem Extremwetter einhergehen – und wie wenig das von den zuständigen Behörden als Handlungsfeld

ernst genommen wird.

**.) Militärische Lage:** <https://overton-magazin.de/krass-konkret/stand-der-militaerischen-lage-in-der-ukraine-anfang-juni/> - Der Autor: Ex-Oberst des Generalstabs, Ex-Mitglied des strategischen Nachrichtendienstes der Schweiz, Spezialist für osteuropäische Länder und Nato-Mitarbeiter, mit einer fundierten Einschätzung der Lage und der zu erwartenden Aussichten.

**.) Die verkannte Demütigung der Russen:**  
<https://le-bohemien.net/2016/08/11/die-verkannte-demuetigung-der-russen/> - Eine weitsichtige Analyse von Erhard Eppler, von 2016

**.) AKW. Das ist schon irre :** <https://www.berliner-zeitung.de/open-source/wenn-das-atomkraftwerk-zur-waffe-wird-putins-fatales-spiel-mit-dem-super-gau-li.218404> - Russlands Machthaber schreckt vor nichts zurück, zielt bei der Kriegsführung auf AKW. Atomkraft-Lobbyisten blenden solche Gefahren aber in der Regel aus. Derweil erteilten die Betreiber der noch aktiven Kraftwerke (EnBW, Eon und RWE) jeglichen Laufzeitverlängerungen eine Absage. RWE erklärte: "Unser Kraftwerk im Emsland ist auf den Auslaufbetrieb zum Ende des Jahres ausgerichtet, zu dem Zeitpunkt wird der Brennstoff aufgebraucht sein. Ein Weiterbetrieb wäre mit hohen Hürden verbunden." Auch EnBW und Eon haben wiederholt auf die bisherige Position der Bundesregierung hingewiesen. <https://www.dw.com/de/bringt-putin-uns-die-atomkraft-zur%C3%BCck/a-62220266> **Putins heiße Drähte in die deutsche Atomwirtschaft**

